

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema:
Verantwortung für das Klima – Neubau eines Braunkohlekraftwerks in Boxberg abwenden

Dazu MdL, Herr M. Schmidt (fraktionslos) / Parteivorsitzender der Sächsischen
Volkspartei:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Wieder einmal geht es um das Thema Energiewirtschaft, zu welchem ich mich bereits bei den vergangenen Anträgen geäußert hatte.

Wo wir derzeit mit den Preisen für Energie in Deutschland stehen, weiß jeder. Wir wissen auch, dass wir zum Großteil von Importen abhängig sind und daher nicht bewegend Einfluss auf die Preisgestaltung nehmen können.

Ich machte bereits darauf aufmerksam, dass nur eine Abkopplung vom ausländischen Energiemarkt, und sei diese nur eine teilweise, dazu führen könnte, dass Energie in Deutschland wieder bezahlbar werden könnte.

Über Braunkohle verfügt nun mal das Land und weshalb sollten wir diese einheimischen Energieressourcen nicht nutzen?

Wir wissen doch, dass sich erneuerbare Energien nur bescheiden auf dem Strommarkt ausnehmen.

Außerdem sollte man, wenn man das Wort Boxberg hört, nicht unbedingt mehr an die qualmenden Schloten der DDR – Energiewirtschaft denken. Filtersysteme ermöglichen heutzutage eine nahezu optimale Sicherung für unsere Umwelt, was Nachrüstungen in unserem Nachbarland Tschechien bewiesen haben.

Denkt man vielleicht, dass dem Unternehmen Vattenfall die Normen für Schadstoffausstoß nicht bekannt sind? Und Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, bringt dieses Unternehmen allemal!

Sie können mir glauben, dass ich sofort für eine andere Alternative wäre, aber die haben wir noch nicht und daher bin ich schon dafür, dass man den Zeitraum bis zur Einführung einer wirklich effizienten, und vor allem bezahlbaren Energiealternative erst mal an das Projekt Boxberg herangeht.

Daher lehne ich diesen Antrag ab.

Die angestrebte Reform, die den Bürgern nur Vorteile bringen soll, so heißt es jedenfalls, wird wieder einmal über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden. Ist diese Reform denn eigentlich bei den Einwohnern der jetzigen Landkreise gewünscht?

Wer immer nur über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet, entmündigt diese letztendlich und braucht sich somit auch nicht über Politikverdrossenheit und geringe Wahlbeteiligung wundern.

Die Begründung heißt dann meist: Was geht mich das noch an? Die da oben machen so wie so nur, was sie wollen.

Es wäre wünschenswert, in Zukunft bei derartigen Entscheidungen die betroffenen Menschen zu fragen und diese nicht wie entmündigte Bürger zu behandeln.